

Malmedy- St. Vith Volkszeitung

Gegründet 1866.

Erscheint Mittwochs und
Samstags mit den Beilagen
„Eisener Sonntagzeitung“
„Illustriert. Familienblatt“
Bruttopreis 1.50 M., durch
die Post 1.68 M. vierteljährlich.

Redaktion Druck u. Verlag
Hermann Doeppen
St. Vith (Eifel).

Kreisblatt für den
Kreis Malmedy



Generalanzeiger für
den Kreis Malmedy

Einziges
kostenlos die Gesandten
gelte ab. deren Raum 20
Anzeigen aus dem Kreis
Malmedy 15 Pf. die Zeile.
Reklamen
60 Pf. die Zeile. Grand
chrift: Garmond. Der
heren Adressen entwerfen
Radotverteilung.
Fernsprecher Nr. 21.

Nr. 4.

55. Jahrgang.

Mittwochs-Ausgabe.

St. Vith, 15. Januar 1919

Die neuen politischen Parteien.

1. Deutsche demokratische Partei. Sie besteht aus der Mehrheit der fortschrittlichen Volkspartei (linker Flügel und Mitte), aus einem erheblichen Teil der früheren Nationalliberalen Partei (linker Flügel unter Führung des Abg. Richtofen) und aus einer neu entstandenen „demokratischen Gruppe“.
2. Deutsche Volkspartei. In ihr haben sich zusammengeschlossen der rechte Flügel der fortschrittlichen Volkspartei und Mitte und rechter Flügel der früheren Nationalliberalen.
3. Deutsche Zentrumspartei. Nach einigen Schwankungen in der Ramengebung hat sich das Zentrum entschlossen, den alten Namen beizubehalten. Es bezeichnet sich lediglich im Wahlauftrag als „christliche Volkspartei“.
4. Deutsch-Nationale Volkspartei. Sie ist die Zusammenfassung der konservativen Partei und der Reichspartei unter Einfluß kleinerer Gruppen, die diesen beiden Parteien schon bisher nahegestanden haben.
5. Die alte Sozialdemokratische Partei besteht weiter. Es ist dies die Richtung Ebert-Scheidemann-Landsberg, die im Reichstag zuletzt annähernd doppelt so stark wie die Minoritätsgruppe vertreten war.
6. Die Unabhängige Sozialdemokratie, d. h. die Richtung Haase-Dittmann-Ledebur. Kurz vor dem Ausbruch der Revolution stand diese Partei in schärfstem Gegensatz zu den Sozialisten; der Bruch zwischen beiden Gruppen der Sozialdemokratie war hauptsächlich durch die entgegengesetzte Stellungnahme zu den Kriegskrediten erfolgt.
7. Der Spartakusbund unter Führung des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Liebknecht. In dieser Gruppe sind die am weitesten nach links stehenden sozialistischen Elemente vertreten, die aber, wie seitens des „Vorwärts“ wiederholt behauptet worden ist, nur eine äußerst geringe Gefolgschaft hinter sich haben.

Ein Erdbeil in Ruinen.

Wohin es mit Europa gekommen ist, zeigt Dr. Harold Williams, ein Berichterstatter des Daily Chronicle, in folgender drastischen Schilderung: „Die Geschichte macht sonderbare Sprünge. In Galizien kämpfen italienische Gefangene mit Polen gegen Ukrainer. In Südrussland verlaufen oder verschicken deutsche Truppen ihre Waffen an die Ukrainer. Bald helfen sie ihnen gegen die Bolschewiken, bald wenden sie sich gegen sie. Weiter nördlich sind die deutschen Truppen zum Teil bolschewistisch, zum Teil suchen sie sich nach der Heimat durchzuschlagen, sehen sich aber von Lenins rotem Heere im Rücken angegriffen. Europa ist übersät mit Kanonen, Maschinengewehren, Bomben und Munition — alles Ueberreste des großen Krieges —, und jedermann so gut wie niemand ist Herr dieser Verführungsmittel. Grenzen und Scheidelinien verschwimmen, Abmachungen werden heute getroffen und morgen nicht mehr innegehalten, und mit wenigen Ausnahmen gibt es keine Regierung föhlich vom Rhein, die nicht heute verzweifelt spektakelte und morgen in der Versenkung verschwunden sein kann. Die demokratischen Seestaaten haben den Krieg gewonnen, und die monarchischen Kontinentalstaaten lösen sich in ihre Bestandteile auf, ohne daß ein alles zusammenfassender Wille oder ein alle beherrschendes Ziel sichtbar würde. Ich zögere nicht, einzugehen, daß der Anblick dieses Europas in Ruinen geradezu erschreckend ist. Die Zivilisation des 19. Jahrhunderts liegt zerbrochen am Boden: nicht nur, weil in Verfall geratene Bahnzüge kläglich dahinkriechen, weil der Post- und Telegraphenverkehr heute kaum besser ist als zu Napoleons Zeiten, weil Hungerstnot und Pestilenz die Völker erwürgen. Nein, weil die moralische Energie des Menschengeschlechtes niedergebroschen ist, weil die primitiven barbarischen Instinkte wieder aufleben, das wilde Bestreben des einzelnen, seinen eigenen kleinen Willen mit Gewalt durchzusetzen. Das allgemeine Gefühl für den Zweck des Lebens ist verlorengegangen in dem Wirrwarr kleinlicher, miteinander streitender Eriehle. Die Leute beten mit Eifer die Zauberprüche von Freiheit und Gleichheit daher in der Hoffnung, die schredliche Furcht zu verjagen, die in ihren Herzen lauert. Kleine Geister entwerfen, oft in bester Absicht und Aufrichtigkeit, oberflächliche Pläne, mit denen sie den drohenden Gewalt der Verfallung begegnen wollen. In Deutschland treiben die Soldaten eine chaotische Politik, während die oberen Klassen unbefehrt, hochfahrend, nachbrütend und hilflos zuschauen, und die amateurhaften Eintagsregierungen verschwenden ihre bescheidene Kraft in Sturzläufen von Reden, ohne die Macht zu haben, den unabwehbaren Verlauf der Ereignisse aufzuhalten. Durch all dieses brodelnde Chaos ziehen sich als üble Unterströmungen Intrige auf Intrige — monarchischer, bolschewistischer, finanzieller, imperialistischer, partikularistischer, merkaler, atheistischer Art. Russische Gefangene wandern zu Hunderttausenden heimwärts, hungrig und in Lumpen, aber von der revolu-

Die Fabriken kommen zum Stillstand.

Die Arbeitslosigkeit wird immer größer. Die Unsicherheit

im Rechts- und Wirtschaftsleben wächst täglich. Das sind die

Errungenschaften der Revolution.

Nur eingerissen wurde, ohne aufzubauen. Wir wollen wieder den festen Boden des Rechts und der Ordnung unter die Füße. Darum wählt nicht rot!

tionären deutschen Regierung mit bolschewistischen Schriften reichlich versehen. Ja, durch das europäische Chaos schleicht sich das Gespenst des Bolschewismus. Er ist der unheilvolle Nachgeißel des modernen Materialismus. Ich will nicht den Puppenspieler spielen, aber wahrlich, nur die Bilder der Apokalypse werden der heutigen Lage Europas gerecht. Es ist keine politische Krise, es ist eine Krise des Geistes. Auf den siegreichen Seemächten ruht eine ungeheure moralische Verantwortung, denn es ist ihre Aufgabe, zu retten und wiederherzustellen, was an der Zivilisation wert ist erhalten zu werden. Niemand, der den gegenwärtigen Ruin Europas genau beobachtet hat, kann sich der Empfindung erwehren, daß alle äußerlichen Bemühungen nutzlos sind, solange nicht die moralischen Grundlagen des Friedens machtvoll verankert sind. Darum ist der Völkerverbund ein so wichtiger Gedanke. Bleibt er eine Utopie, dann hat sich unsere geistige Schaffenkraft erschöpft, und im Strudel barbarischer Anarchie wird alle Zivilisation untergehen.“

Die Kämpfe in Berlin.

Der Höhepunkt?

Die Frankfurter Nachrichten melden aus Berlin: Die furchtbaren Straßenkämpfe in Berlin haben in letzter Nacht einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Der Schlesische Bahnhof ist nach stundenlangem Kampf mit Maschinengewehrsfeuer und Geschützen zurückeroberet worden. Mehrere hundert tote Spartakiden, fast alle mit Bauchschüssen, liegen im Bahnhofsgelände. Die Straße Unter den Linden ist im Besitz der Regierungstruppen. Es wurden mehrfach Steilfeuergeschütze aufgestellt, um über das Schloß hinweg das Polizeipräsidium zu beschleßen. Die Döberitzer Heerstraße ist von Regierungstruppen besetzt. Für heute, spätestens morgen, ist die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes und des Standrechtes über Berlin zu erwarten.

Im Kugelregen

Berlin, 10. Jan. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, ist ein Angriff der Spartakiden auf den Zentralbahnhof von den Regierungstruppen abgeschlagen worden. Bei dem Kampfe gab es mehrere Tote und Verwundete. Der Stadtbahnverkehr wurde gestern abend wieder unterbrochen. Die Spartakiden hatten versucht, den Lehrter Bahnhof zu flürmen. Dort entspann sich ein Kampf zwischen Spartakiden und Regierungstruppen. Ein einfallender Zug wurde von den Spartakiden arg zugerichtet. Er erhielt mehrere Treffer. Durch Beschädigung der Lokomotive eines Stadtbahnzuges konnte der Zug nicht vorwärts. Die Fahrgäste, die den Regeln der Maschinengewehre der Spartakiden ausgesetzt waren, flüchteten in die Halle des Bahnhofes.

Erfolg der Regierungstruppen.

TU Berlin, 10. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Bezn Minuten vor 11 Uhr erkönte eine heftige Detonation vor dem Vorwärts-Gebäude und darauf hörte man laute Hurra-Rufe. Das Vordergebäude war von den Regierungstruppen erstickt worden.

TU Berlin, 11. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Das Vorwärts-Gebäude wurde erstickt, nachdem die Vorderfront stark demoliert war, sowie das Gebäude Nr. 2. Die Balkone des Vordergebäudes sind vollständig hinweggeschossen und das Hintergebäude, in dem sich die Druckerei des Vorwärts befindet, brennt. Es sind mehr als hundert Bejahungstruppen des Vorwärts ohne Waffen abgeführt worden. Gerüchweise heißt es, daß unter den Verhafteten sich auch Rosa Luxemburg befindet. Es wurden mehrere Frauen verhaftet. Die Straßen vor dem Vorwärts und

zur Belle-Alliance-Straße sind abgesperrt, da fortgesetzt Leute der Vorwärtsbesatzung noch abgeführt werden. Das umliegende Publikum versuchte, auf die Abgeführten einzubringen, wurde jedoch von den Regierungstruppen zurückgedrängt.

Auf der Fahrt nach Berlin entwaffnet.

Gegen die Berliner Regierung.

Leipzig, 9. Jan. Heute vormittag trafen auf dem Bahnhof Leipzig drei Militärtransporte ein, die für Berlin bestimmt waren. Sie wurden von den auf dem Hauptbahnhof befindlichen Matrosen zur Entwaffnung aufgefordert. Als diese nicht erfolgte kam es zu einer Schießerei, bei der von den Truppen ein Offizier und zwei Mann getötet und 71 verwundet wurden, während die Matrosen einen Toten und zwei Schwerverwundete haben sollen. Es wurden Verhandlungen eingeleitet und den Soldaten das Ultimatum gestellt, bis 12 Uhr mittags die Waffen niederzulegen. Um 1 Uhr war dies noch nicht geschehen. Anscheinend wird weiter verhandelt. Der Bahnhof ist abgesperrt. In dem angrenzenden Walde sollen Geschütze aufgestellt sein. Um 2 Uhr mittags war die Lage unverändert. Ein Teil der Regierungstruppen hat sich ergeben, es scheint aber, daß dies nicht die ganze Besatzung der Biige war.

Dieser Darstellung setzt der USat Leipzig folgende Schilderung gegenüber:

Heute vormittag in der zehnten Stunde traf auf dem Bahnhof Leipzig ein aus der Lahngegend kommender Militärzug ein, dessen Mannschaften für Berlin bestimmt waren. Die Truppen waren vollkommen bewaffnet und mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet. Da in der gestrigen Sitzung des USates in Leipzig ausdrücklich beschlossen worden war, daß alle nach Berlin fahrenden bewaffneten Truppen auf dem Leipziger Bahnhof entwaffnet werden sollten, so wollten die auf dem Leipziger Bahnhof postierten Sicherheitsmannschaften auch die Entwaffnung dieses Militärzuges vornehmen. Von einem Offizier des Transportes wurde der Befehl zum Feuern gegeben, worauf auch die Sicherheitswehr von der Waffe Gebrauch machte. Bei diesen bedauerlichen Vorkommnissen wurden ein Sicherheitsmann und zwei Mann des Militärtransportes getötet und fünf Mann verwundet. Um derartige bedauerliche Vorfälle künftig zu vermeiden, wird nochmals auf den Beschluß des USates Leipzig hingewiesen, daß er im Hinblick auf die Ereignisse in Berlin nicht dulden könne, daß „gegenrevolutionäre“ Truppen den Leipziger Bahnhof passieren und daher angeordnet habe, daß die nach Berlin durchfahrenden, mit Waffen versehenen Truppen entwaffnet werden.

Die Zahl der Toten und Verwundeten bei den Kämpfen wegen der Entwaffnung hat sich auf acht bezw. 37 erhöht.

Englands Stellung zu den deutschen Wirrnissen.

London, 9. Jan. (Reuter.) Die englischen Blätter erklären, daß die inneren Kämpfe in Deutschland den associierten Mächten nicht gleichgültig sein können. Daily Chronicle verweist darauf, daß der Bolschewismus bereits ein Hindernis für die Bildung des Völkerverbundes wird. Er ist der Ansicht, daß die associierten Mächte die Sendung von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland an die Bedingung knüpfen müssen, daß eine konstitutionelle Regierung auf der Grundlage des Willens der Wählererschaft gebildet werde — Daily Mail sagt, den Deutschen dürfe nicht gestattet werden, die Hilfsquellen zu vernichten, die zur Schadenergütung notwendig sind. Sollten sie die Neigung dazu verraten, so würden wir neue Garantien verlangen, und je früher man dies im Deutschland einsetzt, desto besser. Westminster Gazette schreibt: Die Deutschen müssen einsehen, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung und das Vorhandensein einer anerkannten Regierung die wesentliche Vorbedingung für die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen sind.

Die badische Nationalversammlung einberufen.

Karlsruhe, 9. Jan. Die badische vorläufige Volksregierung verordnet mit Gesetzeskraft: 1. Die Mandate der Mitglieder und Abgeordneten der beiden Kammern der Landstände sind erloschen; 2. die am 5. Januar 1919 gewählte verfassunggebende Nationalversammlung wird hiermit auf Mittwoch, den 15. Januar 1919, vormittags 10 Uhr, nach Karlsruhe in das Ständehaus einberufen.

Lehren der Spartakuswoche.

Berlin, 12. Jan. Die Woche des in seinen Einzelheiten grauenhaften, in seiner Gesamtwirkung aber ohnmächtigen Terrors schließt mit einer befreienden Tat der Regierungstruppen, welche Bürger und Arbeiter als Erlösung begrüßen. Weiteres Zögern der Regierung wäre auch in der breiten Masse des Volkes nicht mehr mit ihren theoretischen

Bindungen entschuldigt worden. Nicht nur von Bürgerkrieg wurde mit Unwillen darüber geklagt, daß unter dem neuen System vorkommen konnte, was früher undenkbar war, daß der ruhige Bürger und Arbeiter auf der Straße nicht mehr seines Lebens und zu Hause nicht mehr seines Eigentums sicher war. Nachdem sich Klarheit darüber verbreitet hat, wie die Spartakisten überall da, wo sie vorübergehend die Oberhand haben, zu hängen pflegen, würde dieser Unwille aufs höchste wachsen, wenn jetzt die Regierung nicht mit aller Energie die Nester der unbesugten Waffenerlieferung und die Schlupfwinkel der russischen Agitation ausnehmen würde. Es gilt nicht nur in Berlin das verlorengegangene Gefühl der Sicherheit wiederherzustellen, es gilt auch, die verhängnisvolle Wirkung der Berliner Vorgänge im Reich und im Ausland zu unterbinden. Es ist nicht nur eine polizeiliche, es ist auch eine politische Aufgabe zu lösen, die für die junge Republik von höchster Bedeutung ist. Darum hat die Regierung mit allen Parteien, die den Aufbau wollen, nicht nur das dringendste Interesse an der schnellen Herstellung eines ausreichenden Schutzes der öffentlichen Ordnung, sondern auch ein besonderes Interesse daran, sich gegen die Tätigkeit der russischen Agitatoren des Bolschewismus zu sichern, weil diese den ruhigen Aufbau des neuen Deutschlands hindern. Der gestrige Tag hat gezeigt, daß ihr zuverlässige, gut geführte Kräfte in ausreichender Zahl zu Gebote stehen. Ein kleines Zeichen dafür, daß sich der tapferste Geist, der draußen so Großes geleistet hat, loyal und getreu bis in den Tod der Regierung zur Verfügung stellt, ohne Rücksicht auf politische und gesellschaftliche Stellung und Anschauung, liefert die schlichte Todesanzeige eines Grafen und Offiziers, die sich heute in einer Zeitung findet, der viereinhalb Jahre in Ost und West gekämpft hat und nun im Berliner Straßenkampf fiel. Dieser Geist steht der Regierung zur Verfügung. Die heute zu erwartenden Kundgebungen werden die Schlussfolgerungen aus den noch nicht abgeschlossenen Ereignissen ziehen. Was Ebert gestern den Truppen, die ihre Kundgebung mit dem Bekenntnis des nationalen Geistes verschönt, erklärt hat, daß die Regierung die Wahlen und ihre geordnete Durchführung und die Durchführung der Aufgaben der Nationalversammlung zu sichern fest entschlossen ist, das wird hoffentlich durch die heutigen Kundgebungen bekräftigt.

Der Kampf um den Vorwärts.

Berlin, 11. Jan. Der Vorwärts ist, wie schon gemeldet, Samstag früh von den Regierungstruppen nach kurzen Kämpfen genommen worden. Um 7 1/2 Uhr begann nach fruchtloser Aufforderung zur Uebergabe der neue Angriff mit Minen- und Flammenwerfern. Die Spartakiden und Unabhängigen hatten den Eingang mit großen Papierballen verbarrikadiert und dahinter vier Maschinengewehre aufgestellt, die von zahlreichen Zivilisten und Soldaten bedient wurden. Zwei andere Maschinengewehre wurden von Matrosen bedient und standen im ersten Geschos. Die Minenwerfer waren am Belle-Alliance-Platz aufgeföhrt und von dort aus gegen das Vorwärtsgebäude in der Lindenstraße gerichtet. Nach einigen gutgehenden Treffern stürzte die Mittelfassade vollständig auf den Bürgersteig und die dort aufgestellten Maschinengewehre der Unabhängigen, die mit den Mannschaften unter den Trümmern begraben wurden. Das Feuer wurde um 9 1/2 Uhr eingestellt, da aus den Fenstern Stangen mit Taschentüchern und weißen Papierstreifen sichtbar wurden. Daraufhin drangen die Handgranatentruppen in die Lörwege ein, um die Höfe zu säubern. Auf dem ersten Hof lagen zahlreiche Tote und Verwundete, die um Hilfe riefen. Die ersten Verteidiger kamen den Truppen bereits mit hochgehobenen Händen entgegen. Männer und Frauen waren durch die Wirkung dieses furchtbaren, unermuteten Angriffs derartig erschüttert, daß sie schluchzend die Soldaten um Gnade anflehten. Mit vorgehaltenen Gewehren forderten die Offiziere, die an der Spitze ihrer Mannschaften das Gebäude gestürmt hatten, alle noch Lebenden auf, die Waffen in einen Winkel des Hofes zu werfen und dann anzutreten. Zuerstögernd, dann in hellen Scharen kamen die Spartakiden aus den Kellern und aus den weiter hinten gelegenen Räumen hervor. Die Gefangenen wurden von Jägern mit aufgepflanztem Seitengewehr auf die Mitte des Fahndammes getrieben und dort bewacht. Das Publikum durchbrach jedoch die Sperrkette und gab seinem Grimm gegen die Spartakiden durch Mißhandlung der Gefangenen Ausdruck. Die Verluste der Spartakiden sind außerordentlich hoch. Unter den Trümmern des Vorwärtsgebäudes liegen noch etwa 300 Tote und Verwundete, deren Bergung noch nicht möglich ist. Etwa 500 Gefangene wurden abgeführt. Die Setz- und Druckmaschinen des Vorwärts sind von den Spartakiden vollständig zerstört worden.

Spartakus im Reich.

Düsseldorf.

Düsseldorf, 12. Dierbürgermeister Dr. Dehler erklärt die Habasmebung, monach der Polizeipräsident und der Bürgermeister von Düsseldorf sich in den Schutz der belagerten Behörde geflüchtet und die Befehle der Stadt Düsseldorf bestritten hätten. für un wahr. Er habe das linke rheinische Stadtgebiet lediglich aufgesucht, um der ihm durch die Spartakusgruppe drohenden Festnahme als Geiseln zu entgehen, da im besetzten Gebiet Gewähr für die persönliche Freiheit noch gegeben sei. Dasselbe habe einen Tag später der Polizeidezernent getan. Es hätten hierüber mit den belagerten Behörden keine Verhandlungen stattgefunden.

Düsseldorf, 12. Jan. Seit gestern nachmittag ist die gesamte Postbeamtenschaft von Düsseldorf in den Ausstand getreten. Infolgedessen ruhten von dieser Stunde ab der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. Der Streik war gemacht als Protest gegen das Vorgehen des Spartakusbundes. Nachdem dieser die Erklärung abgegeben hat, die Waffen abzuliefern und die Postbeamten wieder einzustellen und zu bewaffnen, wurde heute früh der Betrieb wieder aufgenommen.

Düsseldorf, 12. Jan. Der Arbeiterrat hat bis auf weiteres alle öffentlichen Straßenkundgebungen, gleichviel von welcher Partei sie ausgehen, verboten. Der Vollzugsausschuß ordnete an, daß die am Hauptbahnhof gelegenen Hotels Bristol, Royal und Bahnhofshotel sowie auch der Breidenbacher Hof, aus denen angeblich geschossen sein soll,

geschlossen und der Stadt Düsseldorf als Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Düsseldorf, 12. Jan. Die städtischen Beamten haben nach Verhandlungen mit den Beigeordneten und dem Arbeiterrat, in denen darauf verwiesen wurde, daß die Einwohnerschaft auf die ununterbrochene Tätigkeit der Gemeindevverwaltung unbedingt angewiesen sei, beschlossen, von dem Streik abzusehen und den Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Essen, 11. Jan. Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier sind bei der gestrigen Mittags- und Nachtschicht sowie bei der heutigen Morgenschicht etwa 36 000 Bergarbeiter ausständig.

Eberfeld, 10. Jan. Zum Grenzschutz im Osten waren an 600 Militärschlichte der jüngsten Jahrgänge auf heute morgen Gefestungsbefehle ergangen. Spartakusleute verhinderten die Truppenziehung und schickten die Gefestungsschlichten wieder nach Hause.

Hamburg, 11. Jan. Aus Bremen wird vom 10. d. M. gemeldet: Einer Aufforderung der Kommunisten folgend, legten die Arbeiter in den großen Betrieben die Arbeit nieder und zogen geschlossen zum Marktplatz. Dem Zuge wurden Schilder vorangetragen, gegen die Nationalversammlung, gegen die Reichsregierung und für Liebtnecht. Vom Rathaus herab wurde von mehreren Rednern der endliche Sieg der proletarischen Diktatur verkündet. Es wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt und die Herrschaft der Bolschewisten erklärt. Die Absendung eines Solidaritätstelegramms an die russischen Proletarier fand allgemeine Zustimmung. Nach Beendigung der Kundgebung wurde das Standrecht über Bremen verkündigt. Bremen sei eine selbständige sozialistische Republik, und der Senat sei abgesetzt.

Hamburg, 11. Jan. Zwischen den verschiedenen Parteien und Gewerkschaftsvorständen der sozialdemokratischen Mehrheit kam noch gestern abend ein Beschluß zustande, am heutigen Samstag eine machtvolle Kundgebung gegen einen Spartakus und Kommunismus, gegen die von ihnen erhobenen Annahmen im Arbeiter- und Soldatenrat und für die Reichsregierung und Ordnung zu veranstalten. Zu diesem Zweck sollen sämtliche Arbeiter heute ihre Betriebe verlassen und vor das Rathaus ziehen. Infolgedessen ruhen heute so gut wie alle Betriebe, die Fabriken, Banken, viele Ladengeschäfte usw. Auch sämtliche Verkehrsmittel liegen still, so daß Hamburg, Altona und weitere Umgebung ohne Eisenbahn- und Dampferverbindung sind.

Nürnberg, 11. Jan. Gestern abend wurde von Soldaten und Militärs eine Versammlung der Deutschen Volkspartei, in der der frühere Landtagsabgeordnete Eberlein und andere Kandidaten sprechen sollten, gesprengt. Die Eindringlinge warfen mit Tischen, Stühlen und Maßkrügen nach dem Rednerpult, so daß die Versammlung nicht stattfinden konnte. Auch eine Versammlung der Kriegsbeschädigten wurde gestört. Von da aus zogen die Kundgeber vor das Gebäude des Fränkischen Kuriers und verlangten kläglich Einlaß. Als ihnen nicht geöffnet wurde, versuchten sie, die Tür einzuschlagen. Die Redaktion wurde vorgelassen und verhandelte mit ihnen. Es wurde versucht, die Haltung des Blattes für die Unabhängige Sozialdemokratie zu beeinflussen. Nachdem die Redaktion die Freiheit der Presse betont und zugestanden hatte, auf Einsendung von Artikeln zu antworten, und in der Zwischenzeit eine Matrosenkompanie mit Maschinengewehren erschienen war, gingen die Kundgeber auseinander.

München, 11. Jan. In der Nacht zog eine Gruppe bewaffneter Kommunisten in drohender Haltung vor das Bahnhofsgelände. Die dortige Sicherheitswache machte zu ihrem Schutze von ihren Maschinengewehren Gebrauch, wobei sechs Personen getötet und 15 verletzt wurden. Die Menge flüchtete darauf.

Regensburg, 11. Jan. Soldaten und Kommunisten rotteten sich in Regensburg zusammen und stürmten das Herrenleibergeschäft Manes. Es wurde, ebenso wie einige weitere Geschäfte und das Warenhaus Tsch, vollständig geplündert. Auch die sämtlichen Geschäftsräume des bekannten Zentrumsorgans, des Regensburger Anzeiger, wurden zerstört. Erst als das Militär mit scharfen Schüssen vorging, konnte die Ruhe in der Stadt gegen Abend einigermaßen wiederhergestellt werden.

Stuttgart, 11. Jan. Der Versuch des Spartakusbundes, in Stuttgart die Zeitungen zu besetzen, ist gescheitert. Das besetzte Tagesblatt ist wieder frei. Das Tagesblatt und andere Stuttgarter Zeitungen sind von Regierungstruppen besetzt. Es herrscht wieder völlige Ruhe.

Stuttgart, 11. Jan. Bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Militär und Spartakiden wurden insgesamt 2 Personen getötet und 17 verletzt. Heute ist zunächst alles ruhig. Bahnhof, Post und Gerichtsgebäude sind militärisch besetzt.

Wilhelmshaven, 11. Jan. Die Wilhelmshavener Zeitung, die heute vormittag von Spartakusleuten besetzt worden war, ist infolge einer taktvollen Kundgebung der Berufssoldaten wieder geräumt und freigegeben worden.

Zur Lage in unserer Ostmark.

Die steigende polnische Flut.

Posen, 10. Jan. Nach einer Bekanntmachung erklärt der Oberste polnische Volksrat, daß durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage die politische Gewalt auf die Polen übergegangen sei. Namentlich Lebensmittelvorräte, soweit sie Staatseigentum sind, gehen in die Hände und Kontrolle des Obersten polnischen Volksrates über. Ueber die Einführung der polnischen Sprachen in den Schulen, die Uebernahme der öffentlichen Behörden und die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln sind besondere Anordnungen ergangen.

Posen, 10. Jan. Mit dem heutigen Tage übernimmt das Amt des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten in Posen Rechtsanwalt Trampczynski aus Posen, das Amt des Präsidenten der Sieblungskommission Bankdirektor Bioncki und das Amt des Polizeipräsidenten Aepfchi aus Posen.

Aus dem Reich.

Neuordnung des Arbeitsrechts.

Berlin, 1. Jan. Das Reichsarbeitsamt hat eine neue Verordnung ausgearbeitet, die vom Rat der Volksbeauftragten jetzt in Kraft gesetzt wird. Sie verleiht zunächst den Tarifverträgen unbedingte Gültigkeit. Schriftlich abgeschlossene Tarifverträge sind nunmehr kraft Gesetzes für die von ihnen geregelten Arbeitsverhältnisse verbindlich und Abweichungen von ihnen nur insofern rechtmäßig, als sie im Tarifvertrag selbst grundsätzlich zugelassen sind oder soweit sie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. Das Reichsarbeitsamt kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in einem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, auf Antrag für das ganze Gewerbe allgemein verbindlich erklären. Derartige gesetzesartige Tarifverträge werden in ein öffentliches Tarifregister eingetragen und im Reichsanzeiger bekanntgemacht.

Der zweite Abschnitt der Verordnung sichert die Beibehaltung der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und erweitert sie. In allen Betrieben, Verwaltungen und Büros gewerblicher, landwirtschaftlicher und anderer Art, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, sind solche Ausschüsse zu errichten. Soweit sie schon bestehen, haben Neuwahlen stattzufinden. Das Wahlalter wird allgemein auf 20 Jahre herabgesetzt. Die Ausschüsse haben in Zukunft bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken und Unfall- und Gesundheitsgefahren in den Betrieben bekämpfen zu helfen.

Im dritten Abschnitt wird die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ähnlich wie im Hilfsdienstgesetz verordnet. In die Schlichtungsausschüsse sind künftig auch Frauen wählbar und die Verhandlung ist auch ohne unparteiischen Vorsitzenden im Einvernehmen der Parteien gestattet. Für die Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten wird je ein besonderer Schlichtungsausschuß mit ausschließlicher Zuständigkeit für den ganzen Bereich jeder Verkehrsanstalt errichtet. Die Schlichtungsausschüsse sollen, auch wenn sie nicht angerufen werden, darauf hinarbeiten, daß Einigungsverhandlungen stattfinden und diese selbst nötigenfalls in die Hand nehmen. Auch das Reichsarbeitsamt kann die Durchführung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst übernehmen oder einer bundesstaatlichen Schlichtungsstelle zuweisen.

Hoover über die Ernährungslage in Europa.

Paris, 3. Jan. (Reuter.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittellieferungskommission, Hoover, gab einen Bericht über die Ernährungslage in Europa heraus, in dem er sagte:

Seit meiner Ankunft in Europa wirkte ich mit den Beamten der alliierten Regierungen an der Untersuchung der Ernährungslage, insbesondere derjenigen der besetzten Gebiete, zusammen. Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, wir sind aber bisher noch nicht soweit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat bisher genügend Vorräte, um eine Zeitlang auszukommen, von der Verjorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entfaltung von Krankheiten und viel sozialer Unzufriedenheit gefördert wird. Die Festsetzung der Bedingungen und Maßnahmen, die nötig sind, um den besetzten Gebieten zu helfen, muß indes unsere erste Sorge sein. Sie umfassen insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Besetzung des Feindes und die Verwüstungen ist die Produktion dieser Länder stark gesunken und die Lebensmittelvorräte, die sie von der letzten Ernte übrig behalten konnten, werden bald erschöpft sein. Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Unterjochung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung eintritt, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamtes und der Lebensmittellieferung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gefandt. Daneben gehen, wie bisher, monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich.

Zwischen senden wir gemeinsam mit unseren Alliierten in die verschiedenen Länder Kommissionen, die die Transportfrage untersuchen und danach trachten sollen, die Finanzfrage zu behandeln. Das Transportproblem macht uns außerordentliche Schwierigkeiten infolge des schlechten Zustandes der Eisenbahnen und des rollenden Materials in dem ganzen in Frage kommenden Gebiete. Daher entstehen nach der Landung von Lebensmitteln neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung einen Verkehr mit Lastautos einrichten und werden wahrscheinlich auch in anderen Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen. Außerordentlich schwierig ist ferner die Finanzfrage. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist auch von allgemeiner politischer Bedeutung. Wenn wir Anarchie verhindern wollen, wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgendeiner Form ordnungsmäßiger Regierungen zurückkehrt und wenn wir die Errichtung von Regierungen mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir in irgend einer Weise für Nahrungsmittellieferung sorgen.

Das finanzielle Problem zerfällt in drei Punkte. 1. An Deutschland und einige Alliierte und Neutralen können wir die benötigten Nahrungsmittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung, zu annehmbaren Bedingungen verkaufen, 2. gibt es die besetzten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika noch den gegenwärtigen geschäftlichen Bestimmungen zeitweilige Anleihen geben kann, 3. die Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus dem gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gezahlt werden kann. Es erhebt sich die Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der besetzten Länder durch die rückständigen Forderungen der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollten, Schritte für die Nahrungsmitteltransporte nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Ge-

währung von Lebensmitteln in den besetzten Ländern. NZV. Werte den Kongress der Union willigen. Wie bei um die Sendung von Polen und Dester

London, 1. und Bonar Law. Liminarbefehl. ministern der Brit

London, 10. ris melbet. W. künftliche amerik amerikanische Ent bereit da. Die Kommission wird

Aus dem Reich.

** Kurze W. wiffars. Da über die Regel her Arbeiter 1834 in den teigend bekannt gewor daß die Arbeitzei trieben ausschließl nicht überschreiten werbe der Vereinb nehmerverbänden. Natur eine Unter schränkte Aufrechte durch den zuständi den, wenn die er Verfügung steht. Vereinarungen W schränkungen durch merverbänden mit getroffen werden. gen der Verordnung

Aus Rhe

Die C

In einer sehr nige sich am 5. J. ein (Köln) eingek forngung und des ner Bevölkerung. der Sachlage beson herungen von Bra nennungen: „Leb e Bevölkerung sind d Jahre auf 5 au zur Verfügung stel ers- und Berufs Diefer dauernde P feigter Extranfu zahlreicher Todesf genügende Er soleszenten, die au fähigen Anforderu Kölns hält sich de Kranken und ihre keit und namentlich den Stand der Vo Vorträgen, die sich kken, ist u. a. z öfderung unter ein hiden. Demgemäß beträchtlich zugene lichen Bevölkerung und 15,03 im Jah gen im Jahre 191 über 738 im Jahre namentlich das Ste licheit sehr erheblic

+ Köln, 7. J. Weinpreise bilden den Marktwerfens Die Weine wurden durch eine rheinisch trieben, ohne indef im Preise aufzuwei wesen wäre. Die zwischen 6,50 und nur, wenn dem öst Bezeichnung Vorspa auch in der erwahn sch im Weinhandel es heute übrigen wessenen Geipinnau werneichtlich noch d tritt haben.

+ Köln, 8. J. tung kam dieser Lo einem britischen Pos Der Beamte hatte Ausweis zur Hand; Legenheit zu sein, da Ihr Mann sprang b weises, der u. a. la Inhaber Anrecht an getum“, und bemei mein Eigentum.“ D We Gemüchlichkeit I Metb: „Zwar nicht

wahrung von Lebensmittelforderungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

N.Z.V. Washington, 4. Jan. (Reuter.) Wilson forderte den Kongress auf, 100 Millionen Dollar zur Linderung der Hungersnot an der Europa leidet, zu bewilligen. Wie verlautet wird das Geld hauptsächlich benötigt, um die Sendung von Lebensmitteln in Teile von Rußland, Polen und Oesterreich-Ungarn zu ermöglichen.

Der nahe Friede.

London, 11. Jan. Der Premierminister Lloyd George und Bonar Law werden am Sonntag morgen zu den Präliminarbesprechungen mit den führenden Staatsministern der Verbandsmächte nach Paris abreisen.

London, 10. Jan. Der Reutersche Korrespondent in Paris meldet: Wilson wird heute abend eine Gesamtsitzung sämtlicher amerikanischer Friedensbelegierter abhalten. Der amerikanische Entwurf für den Völkerbund liegt vollständig bereit da. Die erste Sitzung der interalliierten Lebensmittelskommission wird morgen stattfinden.

Aus dem Kreise Malmedy.

St. Vith, 15. Januar 1019.

Kurze Mitteilung des Demobilisierungsamts. Da die Anordnung des Demobilisierungsamts über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 (R.-G.-Bl. S. 1334) in den beteiligten Kreisen anscheinend noch nicht genügend bekannt geworden ist, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Ausnahmen sind für das Verkehrgewerbe der Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmerverbänden überlassen und können in Betrieben, deren Natur eine Unterbrechung nicht gestattet, oder deren unbeschränkte Aufrechterhaltung im öffentlichen Interesse liegt, durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten genehmigt werden, wenn die erforderliche Anzahl von Arbeitern nicht zur Verfügung steht. Auch können für diese Betriebe weitergehende Vereinbarungen über Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen durch Verträge von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden mit Genehmigung der Gewerbeaufsichtsbeamten getroffen werden. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Verordnung sind strafbar.

Aus Rheinland und Westfalen.

Die Ernährungsfrage in Köln.

In einer sehr zahlreich besuchten Sonderprüfung beschäftigte sich am 5. Januar der Allgemeine Aertzliche Verein (Köln) eingehend mit der Frage der Nahrungsmittelversorgung und des allgemeinen Gesundheitszustandes der Kölner Bevölkerung. Nach ausführlichen Berichten mehrerer mit der Sache besonders vertrauten Aerzte und zahlreicher Ausführungen von Praktikern wurde folgende Entscheidung angenommen: „Leben und Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung sind durch die ungenügende Ernährung der letzten Jahre außerordentlich gefährdet. Die zurzeit noch zur Verfügung stehende Nahrungsmenge beträgt für alle Alters- und Berufsgruppen kaum die Hälfte des Notwendigen. Dieser dauernde Nahrungsmangel ist die Ursache stark gesteigerter Erkrankungsrisiken, manches chronischen Siechtums, zahlreicher Todesfälle. Besonders besorgniserregend ist die ungenügende Ernährung unserer Kranken und Rekonvaleszenten, die auch in den Hospitälern leider nicht den billigen Anforderungen entsprechen kann. Die Verzehrschaft Kölns hält sich demgegenüber verpflichtet, als Anwalt ihrer Kranken und ihrer gefährdeten Mitmenschen die Deffektivität und namentlich die maßgebenden Stellen auf den betriebliehen Stand der Volksgesundheit aufmerksam zu machen.“ Den Vorträgen, die sich auf ein umfassendes statistisches Material stützen, ist u. a. zu entnehmen, daß weite Schichten der Bevölkerung unter einer zum Teil hochgradigen Unterernährung leiden. Demgemäß hat auch die Sterblichkeit in Köln ganz beträchtlich zugenommen. Sie ist beispielsweise bei der weiblichen Bevölkerung von 12,87 auf Tausend im Jahre 1914 und 15,03 im Jahre 1918 gestiegen. Der Tuberkulose erlagen im Jahre 1918 nicht weniger als 1800 Personen gegenüber 738 im Jahre 1913. Auch das frühe Kindesalter und namentlich das Greisenalter sind an der Zunahme der Sterblichkeit sehr erheblich beteiligt.

Köln, 7. Jan. Einen Beitrag zur Verwilderung der Weinpreise bilden zur Zeit die Schaufenster infolge des Aufwandes der Wienerer großer Posten österreichischer Südbeine. Die Weine wurden von der Militärbehörde freigegeben und durch eine rheinische Firma zu sicherlich gleichen Preisen vertrieben, ohne indessen im Kleinhandel jene Uebereinstimmung im Preise aufzuweisen, die früher sicherlich zu verzeichnen gewesen wäre. Die Preise schwanken bei gleichen Aufschriften zwischen 6,50 und 10 Mk. Darüber hinaus geht der Preis nur, wenn dem österreichischen Wein eine andere Herkunftsbezeichnung Vorspann leistet. Aber die Preisschwankungen auch in der erwähnten Höhe dürften schon beweisen, wie sehr sich im Weinhandel — in so manchem anderen Geschäftszweig — es heute übrigens nicht anders — die Begriffe über angelegenen Gewinnzuschlag und unbillige Ausnutzung einer vermeintlich noch anhaltenden günstigen Geschäftslage verhalten haben.

Köln, 8. Jan. Eine interessante, ergötzliche Unterhaltung kam dieser Tage zwischen einem Eisenbahnbeamten und einem britischen Posten, der Personalausweise prüfte, zustande. Der Beamte hatte seinen von der Dienstbehörde ausgestellten Ausweis zur Hand; seine bessere Gehälte jedoch schien in Verlegenheit zu sein, da sie den ibrigen einzustellen vergessen hatte. Ihr Mann sprang bei, zeigte dabei auf den Passus seines Ausweises, der u. a. lautet: „In und außer dem Dienste hat der Inhaber Anrecht auf Schutz für seine Person und sein Eigentum“, und bemerkte, auf seine Frau hinweisend: „Das ist mein Eigentum.“ Der britische Posten schien für solche urköstliche Gemüchlichkeit Verständnis zu haben und entgegnete lächelnd: „Zwar nicht ganz korrekt, aber schon gut.“

Bonn, 10. Jan. Beim Brotbacken glitt einer Frau das Messer ab und drang ihr in der Herzgegend in den Rücken. Sie starb bald darauf in der Klinik.

Bonn, 9. Jan. In einer Zentrumsversammlung erklärte Generalsekretär Stegerwald aus Köln, der Kandidat des Zentrums im Wahlkreis Köln-Nach für die kommenden Wahlen, daß er für die beste Staatsform im künftigen demokratisch regierten Deutschland eine Monarchie ähnlich der englischen halte.

Bonn, 9. Jan. Als ernste Warnung möge ein Urteil des britischen Kriegsgerichts in Bonn dienen, das einen gewissen Heinrich Langen in dessen Hause zwei Revolver und sieben Revolverpatronen gefunden wurden, mit einem halben Jahr Gefängnis bestrafte. — Der Bauer eines zwölfjährigen Knaben, der 16 Dosen Fleisch und andere Artikel aus einem britischen Laktauto gestohlen hatte, wurde mit 500 Mark bestraft. Der Stadtkommandant von Bonn hat diese Urteile zur Warnung der Einwohnerschaft öffentlich bekannt machen lassen.

Duisburg, 10. Jan. Im Hafen kenterte ein mit sechs Personen beladenes Boot, das von einem Dampfboot überholt wurde. Drei Personen ertranken, die übrigen wurden gerettet.

Saarbrücken, 10. Jan. Die französische Besatzungsbehörde hat, um die Versorgung bis zum 15. Januar sicherzustellen, für die Einwohner von Saarbrücken folgende aus Frankreich eingetroffenen Lebensmittel zur Verfügung gestellt: 26.000 Kilogramm Weizenmehl, 41.725 Kilogramm Gersteneinmehl, 21.000 Kilogramm Hafer und 4.220 Kilogramm Fett. Weitere Lebensmittelforderungen werden nach Bedarf in Aussicht gestellt. Außerdem sind der Stadt die von der deutschen Armee zurückgelassenen Vorräte überlassen worden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 11. Jan. Samstag abend gegen 5 Uhr rückten in mehr als einhundertem Vorbeimarsch starke Truppen Artillerie und Infanterie in die westlichen Vororte ein. Die Truppen sangen vaterländische Lieder, führten schwarz-weißrote Fahnen und wurden von der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

Berlin 11. Jan. Im Laufe des Tages wurden mehrere Führer der Spartakiden verhaftet, unter ihnen auch Ledebour. Die belagerten Verlagshäuser, sowie das Wolffsche Bureau wurden von den Regierungstruppen besetzt. Die Lage der Regierung bessert sich.

Sindenburg in Wilhelmshöhe.

Kassel, 9. Jan. Das Große Hauptquartier in Wilhelmshöhe läßt alle Meldungen, daß Hindenburg von Wilhelmshöhe abgereist sei, als un wahr erklären. Sämtliche Mitteilungen über spartakidische Umtriebe oder gar versuchte Attentate gegen das Große Hauptquartier sind völlig erfunden. Feldmarschall v. Hindenburg ist in den letzten Tagen nicht in Berlin gewesen und wird Wilhelmshöhe auch nicht vor Ablauf dieses Monats verlassen, da erst Anfang Februar die Ueberleitung des Großen Hauptquartiers an das Kriegsministerium in Berlin vor sich gehen kann.

Eine Universität Köln.

Die städtische Verwaltung teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat in einer Sitzung vom 4. Januar einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die preussische Regierung genehmigt den Plan der Stadt Köln, ihre wissenschaftlichen Anstalten zu einer neuartigen Universität auszubauen.
2. Dabei wird nach Frankfurter Muster die Ueberführung in eine Staatsanstalt unerlässlich sein.
3. Die Handels-Hochschule Köln wird alsbald in eine vorläufig isolierte wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät umgewandelt und als solche das Promotionsrecht erhalten.
4. In Erwartung der weiteren Entwicklung der Dinge soll sofort bei der Reichsregierung beantragt werden, daß der Kölner Akademie für praktische Medizin schon jetzt Semesterrechnung für klinische Semester zugestanden wird.

Brüssel, 11. Jan. Die luxemburgische Kammer erklärte mit 30 Stimmen die Dynastie für abgesetzt.

Berlin, 11. Jan. Heute voemittag hat eine Schar Spartakusbänder die Kasse des Postamtes D 17 in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes um 120.000 Mark beraubt. Drei Matrosen, welche die Kasse an sich nahmen, sind verschwunden.

Berlin, 11. Jan. In einer Meldung, die nicht zu kontrollieren ist, wird die Gesamtzahl der Toten in den bisherigen Straßenkämpfen mit 400 und der Verletzten mit 1000 angenommen.

Berlin, 13. Jan. Nach übereinstimmenden Mitteilungen sind die beiden Hauptführer der Spartakiden, Liebknecht und Rosa Luxemburg, zurzeit unauffindbar. Eichhorn habe sich, wie der Vorwärts berichtet, vor einigen Tagen einen Reisepaß nach Dänemark ausgestellt und den dänischen Seidnermerk eingeholt.

Hamburg, 12. Jan. Der Präsident von Oldenburg, Rühm, ein Anhänger des Spartakusbundes, wurde in Wilhelmshaven interniert.

Essen, 13. Jan. Die Zahl der streikenden Bergleute beträgt auf etwa 40 Tausend 42.000 Mann.

Bekanntmachung

betr. die Wahlen zur preussischen Landesversammlung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 (Preussische Gesetzammlung Nr. 43 Seite 201 ff.) in Verbindung mit § 12 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

vom 30. November 1918 Reichs-Gesetzblatt Seite 1353) wird folgendes bekannt gemacht:

Wahlvorschlüge sind mir bis spätestens zum 11. Januar 1919 einzureichen.

Die Verbindung von Wahlvorschlügen muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschlüge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 19. Januar 1919 bei mir schriftlich erklärt werden.

Die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschlüge werden nachstehend unter III dieser Bekanntmachung wiedergegeben.

II.

Zu Beisitzern des Wahlausschusses § 22 der Wahlordnung habe ich die Herren

1. Notar Krings in Köln,
 2. Gewerkschaftsbeamter Ernst Muth in Köln,
 3. Fabrikant Albert Heusch in Nachen,
 4. Kaufmann Julius Wirtgen in Köln;
- zu stellvertretenden Beisitzern die Herren
1. Justizrat Viktor Schnitzler in Köln,
 2. Handlungsgehilfe Ernst Hirsch in Köln, Pantaleonswall 32

III.

Reichswahlgesetz.

§ 11. Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind.

Von jedem vorgeschlagener Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

§ 12. Mehrere Wahlvorschlüge können miteinander verbunden werden.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschlüge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschlüge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschlüge gelten den anderen Wahlvorschlügen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

§ 13. Für die Prüfung der Wahlvorschlüge und ihrer Verbindung wird für jeden Wahlkreis ein Wahlausschuß gebildet, der aus dem Wahlkommissar als Vorsitzenden und vier Beisitzern besteht.

Der Wahlausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschlüge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

Wahlordnung.

§ 14. In den Wahlvorschlügen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 15. Die Unterzeichner der Wahlvorschlüge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag sind außer den durch § 11 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden haben solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

§ 16. In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschuß, zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmanns, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmanns, sobald die Erklärung dem Wahlkommissar zugeht.

§ 17. Der Wahlkommissar hat die Vertrauensmänner unverzüglich zur Beseitigung von Mängeln der eingereichten Wahlvorschlüge aufzufordern.

Die Mängel der Wahlvorschlüge und ihrer Verbindungen können nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag beseitigt werden. Innerhalb derselben Frist müssen Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlügen desselben Wahlkreises benannt sind, dem Wahlkommissar erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden.

§ 18. Bewerber, gegen deren Wählbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, können innerhalb der Frist des § 17 Abs. 2 durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags einen entsprechenden Antrag schriftlich stellt.

In gleicher Weise kann die Zahl der Bewerber bis zur gesetzlichen Höchstzahl (§ 11 des Reichswahlgesetzes) nachträglich ergänzt werden.

§ 19. Der Wahlkommissar soll darauf hinwirken, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlügen stehen.

§ 20. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlügen angehören.

Sind Erklärungen abgegeben worden, nach denen ein Wahlvorschlag verschiedenen Gruppen angehören, so hat der Wahlkommissar durch eine Verhandlung mit den Vertrauensmännern auf eine vorschriftsmäßige Verbindung der Wahlvorschlüge hinzuwirken.

§ 21. Der Vertrauensmann kann gegen Verfügungen, die

Bekanntmachung.

Der Wahlkommissar auf Grund der §§ 17 bis 20 erläßt die Entscheidung des Wahlausschusses anrufen.

§ 23. Der Wahlausschuss entscheidet unverzüglich nach dem Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln § 17 Abs. 2) in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen.

§ 24. In den Wahlvorschlägen werden die Namen der Bewerber gestrichen, deren Persönlichkeit nicht feststeht, deren Zustimmungserklärung fehlt, die nachgewiesenermaßen nicht wählbar sind oder die auf mehreren Wahlvorschlägen desselben Wahlkreises benannt sind.

Bewerber, die auf demselben Wahlvorschlag mehrmals benannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen.

§ 25. Bleiben danach auf einem Wahlvorschlag mehr Namen stehen, als nach § 11 des Reichswahlgesetzes zulässig sind, so werden die Namen gestrichen, die in der Reihenfolge der Benennungen der gesetzlich zugelassenen Zahl nachfolgen.

§ 26. Nicht zugelassen sind Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen.

Kommt bei der Verhandlung nach § 20 Abs. 2 eine Einigung nicht zustande, so sind die in Betracht kommenden Verbindungen nicht zugelassen.

§ 27. Werden Namen auf Wahlvorschlägen gestrichen oder Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen nicht zugelassen, so ist hierüber dem Vertrauensmann unter Beifügung von Gründen Mitteilung zu machen.

§ 28. Der Name des Bewerbers, der in dem Wahlvorschlag an erster Stelle genannt ist, dient zur Bezeichnung des Wahlvorschlags.

§ 29. Der Wahlausschuss hat gleichzeitig sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge in der Form, in der sie zugelassen werden, aber unter Weglassung der Namen der Unterzeichner und Vertrauensmänner, spätestens am 5. Tage vor dem Wahltag durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter des Wahlkreises bekanntzumachen.

Hierbei ist zugleich anzugeben, welche Wahlvorschläge miteinander verbunden sind.

St. Vith, den 4. Januar 1919.

Der Wahlkommissar:
von Starck, Regierungspräsident.

Aus dem Heeresdienst entlassen und habe meine Praxis wieder in vollem Umfang aufgenommen. Meine 23jährige hierige erfolgreiche Tätigkeit bürgt für Sach- und Lokalkenntnisse.

Pet. Jos. M. Schütz,
ältestes Rechts- u. Inkassobüro in St. Vith

Bezugscheine

hält vorrätig die

Buchhandlung d. Stg., Heddingstr. 145

Dresdner Bank

Geschäftsstelle Malmedy

Malmedy.

Aktionkapital & Reserven 340 000 000 Mk.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Konto-Korrent-Verkehr. Eröffnung von Scheck- und Depositen-Rechnungen. An- und Verkauf sowie Aufbewahrung von Wertpapieren. An- und Verkauf ausländischer Wechsel An- u. Verkauf ausländischer Noten und Geldsorten. Ausstellung von Reise-Kreditbriefen auf das In- und Ausland. Vorsöhüsse auf börsengängige Wertpapiere.

Annahme von Einlagen zur Verzinsung je nach Kündigung und Vereinbarung.

Zur Hebung des bargeldlosen Verkehrs

empfehlen wir von der hierfür bei uns getroffenen Einrichtung durch Eröffnung eines provisionsfreien Scheck-Kontos Gebrauch zu machen. Auf diesen Konten vergüten wir Zinsen, sodass der Einleger, der sonst das Geld zinslos zu Hause liegen hat, zugleich in den Genuss von Zinsen tritt und auch seine Rechnungen und sonstigen Verbindlichkeiten durch Schecks, die wir in verschiedenen Arten zur Verfügung stellen, einfacher und bequemer begleichen kann, als durch Barzahlung.

Soenneckens Umleg-Kalender
Bagels Termin-Kalender

Notiz-

Wand-

Kölner Hinkender Bote

vorrätig

in der Buchhandlung d. Bl.

Die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung findet am Sonntag, den 19. Januar 1919 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr nachmittags geschlossen. Nachstehend bringe ich das von dem Herrn Landrat zu Malmedy festgestellte Verzeichnis über die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Bestimmung der Wahllokale soweit die Gemeinden St. Vith, Crombach und Lommersweiler in Frage kommen, zur Kenntnis.

Der Stimmbezirk umfasst	Name, Stand und Wohnort a) des Wahlvorstehers b) „ Stellvertreters	Wahlraum
Stadtgemeinde St. Vith	a) Justizrat Dominid, St. Vith b) Gutsbesitzer Paul von Monshaw, St. Vith	Städtische Turnhalle St. Vith
Gemeinde Crombach	a) Landw. J. P. Marante in Rodt b) Lehrer W. Jochems in Neundorf	Schulsaal in Rodt
Gemeinde Lommersweiler	a) Gemein evorsther Jodocy in Lommersweiler b) Lehrer Joh. Kerner in Agerath	Schulsaal in Lommersweiler

St. Vith, den 9. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Dongartz.



In Folge von Altersschwäche verschied
am 10. Januar 1919 in Grüffingen

Fräulein

Katharina Scheid

Inhaberin des goldenen Verdienstkreuzes
der Kaiserin

im Alter von 83 Jahren, wohlverbereitet
durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente.

Während 46 Jahren ihres Lebens hat
sie uns treueste Dienste geleistet.

Ihr Andenken wird unvergessen sein.

St. Vith, den 11. Januar 1919.

Familie Surges-Hertmanni.

Für Zahnkranke!

G. Jansen, Dentist

St. Vith

gegenüber der Apotheke.

Sprechstunden nur an Wochentagen von 9-4 Uhr.

Aus dem Heeresdienst entlassen, führe ich die
Praxis meines Vaters.

W. Jansen, Dentist

Geschäftsempfehlung.

Habe mich in St. Vith als

Dachdecker

niedergelassen und halte mich zur Ausführung von
Reparaturen und Dächern auf Neubauten empfohlen.
Bestellungen auf Arbeit an Gebrüder Käfer,
St. Vith

Wilhelm Düsseldorf

Dachdeckermeister.

Aus dem Felde zurückgekehrt habe ich meine
Praxis wieder aufgenommen.
Sprechstunden jeden Dienstag von 11-6 Uhr im
Gasthof von Heinrich Pip, Bahnhof St. Vith.
Sprechstunden in Malmedy an allen übrigen Tagen
der Woche.

Fernand Dargent,

Zahnarzt, Malmedy, Neustraße.

Wer kann mitteilen wo Herr Leutnant Junker beim
Rückzug im November in der Gegend von St. Vith im
Quartier gewesen ist? Derselbe hatte eine wertvolle Kiste,
enthaltend die Sachen meines verwundeten Sohnes, zur Bahn
besördern lassen, die bis heute nicht angekommen ist. Kosten
werden erstattet.

Frau Rieger, Malmedy

Posthaus.

Karten der Provinz Rheinland

wieder eingetroffen.

Hermann Doepgen, Buchhandlung
St. Vith, Heddingstraße 145.



4 Schweine

Arbeitspferde

zu verkaufen bei

Johann Lamb in Dorn
(Eifel).



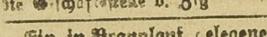
Haus

mit 50 R. Land, in der N. v.
St. Vith gelegen, auf 8 oder
9 Tag e zu verpachten.
Auskunft in der Geschäftsstelle
d. Stg.



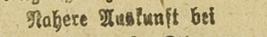
Haus

in St. Vith gelegen zu kaufen
gelocht
Offerten unter Nr. 100 bei
die Geschäftsstelle d. Stg.



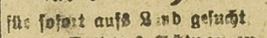
Ein in Braunsdorf gelegenes
Bauernhaus

welches sich als Geschäftshaus
eignet, mit Garten und We-
senland unter günstigen Be-
dingungen zu verkaufen.
Nähere Auskunft bei
W. Jansen in Thommen.



Mädchen

sie sofort auf 3 und gesucht
Geburtsdatum in
St. Vith



Mädchen

in kleiner, z. higen Haushalt nach
suchen gesucht. Gute Erbar-
lung. Auskunft in der Geschäfts-
stelle d. Stg.

Buchdrucker- Lehrling

gesucht
Hermann Doepgen,
St. Vith.

In Kleinhaus mit zwei
Personen ein nicht zu junges

Mädchen

für alle Hausarbeit gesucht.
Wo, sagt die Expedition.

Rögin oder Rüdenmädchen

selbständig, mit guten
Zeugnissen zum 1. Februar
gelocht

Franz Eugen Pelzer,
Kuchen Mojarstraße 8a.

Mädchen

für 1 oder 15 Jähr. wird ein

Mädchen

vom Bande nicht unter 20 Jahren
gelocht.

Auskunft in der Geschäftsstelle
d. Stg.

Prüfmaner

aus dem Heeresdienst ent-
lassen, sucht geeignete Beschäfti-
gung.

Auskunft in der Geschäfts-
stelle d. Stg.

Für Zahnkranke

St. Vith gegenüber der Apotheke

G. Jansen

Dentist.

Sprechstunden nur an Wochen-
tagen von 9 bis 4 Uhr.

Herren- und
Damen-Geldtaschen,
Geld-, Brief-, Zigarren- und
Zigarrettaschen,
Schüleretuis

ferner

Photographie-, Postkarten-, Poesie-
----- und Tagebuch-Alben -----

in echtem und imitiertem Leder.

Hochfeine

Brieföffner, Briefbeschwerer
Federhalter u. Füllbleistifte

empfehlen in grosser Auswahl

Hermann Doepgen

Buchdruckererei -- Papier-, Schreibwaren- und
Buchhandlung.

St. Vith (Eifel), Heddingstraße 145

Ersteilt Mittwoch
Sonntag mit den
Eisler Sonntag
u. Quartier. Familien
Kochpreis 1.50 M.,
die Post 1.68 M. abwärts

Redaktion Druck
Hermann Doepgen
St. Vith (Eifel)

Nr. 5.

Wie

1. Unter
lokal!
- Die L
sind i
werde
2. W ä h l e
Die L
Uhr a
geschl
3. N i m m
4. W o r d
Stimmz
Sich
deiner
5. M i t d e
das Wah

Der Wa
Kachen mocht
gierung zu
schläge zug

1. Wahl
nati
2. Wahl
Polit
3. Wahl
part
4. Wahl
tisch
5. Wahl
trat
6. Wahl
gen

Unter den
der Parteien

Lebhn

U. Ber
den Führer
Carl Lieb
Nacht ein fü
knecht, der
in Wilmersb
führung vom
wurde auf de
Rosa
Menschen
tötet.

Düjfel
am vorigen
der Stadtber
eingebüht
wichtige Anfr
takiden.

Buer (Q
gierungstrupp

Ge